KINDERGÄRTEN

Kindergärten in den Gemeinden erhalten.

Frühkindliche Bildung soll familiennah angeboten werden. Jeder Kindergarten soll soweit möglich erhalten bleiben, auch bei vorübergehend sinkender Kinderzahl und Landflucht. Wir wollen unsere Städte und Dörfer kinderfreundlicher gestalten.

Ferner setzen wir uns für die Schaffung neuer Kinderbetreuungseinrichtungen beispielsweise auf Bauernhöfen oder als Wald- bzw. Naturkindergärten ein und wollen die bürokratischen Hürden dafür reduzieren.

Qualität in Kindertagesstätten verbessern

Unsere Kinder sind unsere Zukunft. Sie haben das Recht auf eine optimale, individuelle Betreuung sowohl in der Kindertagespflege als auch in den Kindertagesstätten.

Die leistungsgerechte Bezahlung des Personals durch die Kommunen in Einrichtungen in kommunaler Trägerschaft ist zu sichern, die kontinuierliche Weiterbildung zu fördern. Wir wollen in Kindertagesstätten ein sicheres Lernen der deutschen Sprache für alle Kinder gewährleisten, die auf Dauer hier leben werden. Daher soll in Kindertagesstätten die deutsche Sprache verbindlich sein.

Wahlmöglichkeiten bei der Kinderbetreuung

Die Bindungsforschung belegt, dass es für die seelische und soziale Entwicklung und die spätere Bildung von Kindern und Jugendlichen am besten ist, wenn sie in enger Bindung mit Vater und Mutter aufwachsen können. Bei der Diskussion um die Betreuung unserer Kinder hat deren Wohlergehen und gesunde Entwicklung Vorrang vor ökonomischen Interessen. Wir sind deshalb gegen die einseitige Bevorzugung der frühkindlichen Fremdbetreuung. In der Regel geben Eltern ihre Kinder nicht in Fremdbetreuung, weil sie sich das wünschen, sondern wegen der finanziellen Notwendigkeiten, des moralischen Drucks und der fehlenden Wertschätzung für nicht erwerbstätige Mütter.

Die AfD setzt sich für ein Angebot von freiwilligen, auch nichtstaatlichen Betreuungsmöglichkeiten statt Kindergartenkinder ein. Die AfD fordert, dass Eltern frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder im Alter unter drei Jahren einer Kindertagesstätte anvertrauen oder lieber selbst betreuen wollen. In Notlagen muss ein kostenloses Betreuungsangebot zur Verfügung stehen.

Unterstützung von Tagesmutterbetreuung statt bedingungslosen Kindertagesstätte-Ausbaus

Die flächendeckende staatliche Betreuung kleiner Kinder durch sogenannte Kindertagesstätten ist weder personell möglich noch wünschenswert. Wir wollen die Idee der freien spielerischen Entfaltung der Kinder wieder stärken und gegen die bloßen Verwahrungskonzepte abgrenzen, die sich schon in einer Wortwahl wie „Kindertagesstätte“ widerspiegeln. Ferner wollen wir unsere Kinder vor der unter dem Deckmantel einer „Bildung“ ankommenden Ideologisierung schützen, welche den Genderismus und die Frühsexualisierung bereits in die Kindergärten transportiert und die soziale Bindungsfähigkeit der Kinder angreift.

In den ersten Lebensjahren vor dem Kindergarten ziehen wir daher das Konzept der Tagesmutter einer „Kindertagesstätte“ genannten staatlichen Verwahranstalt aus pädagogischen Gründen vor, wenn berufstätige Mütter und Väter eine zeitweise Fremdbetreuung ihrer Kinder benötigen. Wir wollen dies auf kommunaler Ebene unterstützen.

MEDIEN

Kein politischer Missbrauch kommunaler Veröffentlichungen

Die öffentliche Kommunikation der Gemeinden ist größtenteils von den vorherrschenden Parteien und deren Interessen geprägt. Einzelne Entwicklungen werden als krisenhafte Probleme dargestellt, vermeintliche Verursacher präsentiert und politisches Handeln gegen diese Gruppen als unausweichlich dargestellt.

Wir wollen die Pflicht der Gemeinden zur politischen Neutralität in ihren Medienauftritten sicherstellen. Internetauftritte und Gemeindeblätter dürfen nicht für politische Propaganda missbraucht werden.

Amtliche Rechtschreibung durchsetzen

Bei kommunalen Behörden und Schulen gilt die amtliche Rechtschreibung. Dennoch ist dort immer wieder eine ideologisch geprägte Abweichung von den amtlichen Regeln zu beobachten. Die Einführung und Verwendung der sogenannten gendergerechten Sprache durch Kommunen lehnt die AfD ab. Im privaten Bereich sei jedem freigestellt, wie er schreibt, auf amtlichen bzw. kommunalen Internetseiten und Veröffentlichungen ist die deutsche Sprache nach ihren grammatikalisch richtigen Regeln zu benützen.

Sogenannte Genderschreibweisen und unangebrachte Mischungen von deutscher und englischer Sprache („Denglisch“) im öffentlichen Bereich wollen wir unterbinden.

KULTURELLES ERBE UND IDENTITÄT

Erhalt der gewachsenen Ortsbilder

Erhalt und Sanierung von denkmalgeschützten Häusern: Abbruch soll möglichst verhindert und eine sinnvolle Nutzung angestrebt werden. Wir wollen gewachsene Ortsbilder und Kulturlandschaften durch behutsame Bauplanungen erhalten. Eine zunehmende Zersiedelung soll zugunsten stringenter Bebauungspläne vermieden werden, um architektonische Beliebigkeit zu verhindern. Regionale Baustile möchten wir schützen und wiederbeleben.

Denkmalschutz ist eine Form von Heimatschutz: Ortskerne stärken und Vitalität fördern.

Keine Islamisierung der Gemeinden

Den Verkauf kommunaler Liegenschaften an islamische Organisationen lehnen wir ab. Vor dem Bau einer Moschee soll ein Bürgerentscheid stattfinden. Die Genehmigung von Minaretten, anderen islamischen Stilformen und von Muezzin Rufen wollen wir verhindern. Eine kommunale Finanzierung islamischer Veranstaltungen darf nicht erfolgen. Bayern muss bayerisch bleiben!

Vereine fördern!

Regionale Kultureinrichtungen, Veranstaltungen und Vereine stärken die Identität und haben positive Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort. Kommunale Räume sollen Vereinen kostengünstig zur Verfügung stehen. Die AfD setzt sich für die Unterstützung kultureller kommunaler Projekte sowie die finanzielle Förderung von Sportstätten ein, aber auch für die Vereinfachung von Bürokratie.

Bayerische Kultur erhalten

Örtliche Bräuche und Traditionen drohen verloren zu gehen. Deswegen setzen wir uns für die Förderung der örtlichen Dialekte in den Kommunen ein, beispielsweise mit Projekten in Kindergärten und Schulen. Traditionelle Bräuche sollen für den Erhalt der regionalen Identität ihren Platz haben.

SCHULE

Schulische Infrastruktur erhalten und ausbauen

Viele Schulgebäude befinden sich in einem verwahrlosten Zustand. Wir setzen uns dafür ein, die bauliche Substanz der Schulgebäude zu erhalten und gegebenenfalls wieder in einen einwandfreien Zustand zu versetzen.

Entpolitisierung der Schulen

Politische Meinungen müssen ohne Einflussnahme kontrovers und offen diskutiert werden dürfen. Grundlage für die politische Bildung bleibt der „Beutelsbacher Konsens“, dessen Umsetzung über die kommunale Schulaufsicht zu erwirken ist. Die Einflussnahme politischer wie auch islamischer Lobbyorganisationen ist zu unterbinden. Die Initiative „Schule mit Courage – Schule ohne Rassismus“ und die mit ihr verbundene Einflussnahme linksradikaler bis linksextremer Organisationen ist zu beenden.

Über die kommunale Schulaufsicht wollen wir darauf hinwirken, dass die Schulen entpolitisiert und wieder zu Orten der Bildung und des Wissenserwerbs werden.

Erziehung zur Eigenverantwortung bei Heimatkunde und Naturschutz

Wir wollen die Zusammenarbeit von Schulen mit naturnahen Vereinen und Gewerben der Region, wie zum Beispiel Imkern, Obst- und Gartenbauvereinen, Forst, Jägern unterstützen, damit die Jugendlichen Flora und Fauna erleben und erfahren können. Projekttage in der Natur schaffen produktive Abwechslung im Lernalltag und Raum, lassen Stille erleben und sich seiner Beziehung zur Natur bewusst werden. Dagegen wollen wir die Vereinnahmung von Schülern durch politisch gesteuerte Lobbygruppen wie sogenannten Klimaaktivisten unterbinden, denn der Bildungserwerb ist zentraler Baustein für die Zukunft jedes Individuums und darf nicht politischem Lobbyismus geopfert werden.

Die Stärkung der lokalen kulturellen Bildung, der Geschichte der Heimat und der Kommune ist uns ebenfalls ein Anliegen. Besuche bei Vereinen wie der Freiwilligen Feuerwehr schaffen Bewusstsein für Sinn und ein Engagement für das Gemeinwesen.

Schulen sollen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und den örtlichen Vereinen und Organisationen Heimat und Natur erfahren helfen. Die Entdeckung eigener Wurzeln stärkt die Verantwortung für Heimat und Natur.

Kommunaler Wettbewerb unter den Kindergärten und Schulen

Schulen und Kindergärten sind für Kinder da und sollten sich einem qualitativen Wettbewerb stellen, dem sich die Gemeinden öffnen können.

Durch Kooperationen mit anderen Gemeinden können die Wahlmöglichkeit verbessert und Fehlanreize verringert werden. Eltern soll örtlich die freie Auswahl unter Bildungseinrichtungen gleicher Art ermöglicht werden. Zwischen den beteiligten Kommunen werden die entstehenden, bzw. eingesparten Kosten ausgeglichen. Höhere Schulwegkosten gehen zulasten der Eltern, so dass dem Steuerzahler kein Mehraufwand entsteht.